

SPÖ-Krise: Kein Ende in Sicht

Mit Pamela Rendi-Wagner soll die erste Frau an der SPÖ-Spitze helfen, die Dauerkrise zu beenden. Ein Wechsel der Köpfe an der Spitze wird nichts ändern, da die Ursache tiefer liegt – nämlich in der grundlegenden Veränderung der SPÖ. Sündenfall reiht sich an Sündenfall und auch diesmal wird es keine Linke geben, die die SPÖ „zurückgewinnt“.

Seite 2

Erdogan & die Währungskrise

Das Wachstum war auf wachsende Abhängigkeit von ausländischem Kapital gebaut. Die politischen Ereignisse wie der Putschversuch vor zwei Jahren, der Abbau demokratischer Rechte und die immer autoritäreren Entwicklungen haben den Krisenprozess beschleunigt. Der wachsende Unmut braucht ein sozialistisches Programm erklärt İsmail N. Okay.

Seite 12

Schwerpunkt

Derzeit wird wieder besonders stark versucht, MigrantInnen als die Sündenböcke aller Probleme darzustellen, doch wer oder was ist die eigentliche „Mutter aller Probleme“?

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP)
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 271 | 10.18

Weg mit dieser Regierung der Reichen!

Ein Jahr nach der Wahl können sich Banken, Konzerne & Superreiche in Österreich freuen: Wie's aussieht haben sie ihre Wahlkampfspenden an Kurz, Strache & Co schnell wieder herinnen. Allein die Senkung des Unfallversicherungsbeitrags bringt ihnen pro Jahr 100 Millionen Euro an Extra-Profiten.

Und die nächsten großen Angriffe werden schon vorbereitet: Bei den Sozialversicherungen soll unter dem Deckmantel „Strukturreform“ eine Milliarde gekürzt wer-



Mit einer klassenkämpferischen Bewegung in Betrieben, Schulen und Unis kann Schwarz-Blau gestürzt werden.

den. Die Mittel für Frauen- & Gleichstellungspolitik sollen um €500.000 gekürzt werden, was für viele Initiativen das Ende bedeutet, während das Prestigeprojekt „Familienbonus“ besonders Beserverdienenden zu Gu te kommt. Mit der ge-

planten Steuerreform soll den Unternehmen ein 1,5 Milliarden-Euro-Geschenk gemacht werden. Auch Immobilienhaie, die einen guten Teil des schwarz-blauen Wahlkampfes finanziert haben, sollen auf ihre Kosten kommen: Die Mieterver-

einigung befürchtet, dass Wohnungs mieten durch die geplante Mietrechts reform um bis zu 60% ansteigen werden!

Offenbar will die Regierung die wahlkampffreie Zeit bis zur EU-Wahl (Mai 2019) nutzen, um mög-

lichst schnell möglichst viele Maßnahmen zu beschließen. Die Schwäche und Planlosigkeit der Oppositionsparteien spielt ihr dabei in die Hände. Trotzdem gibt es keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken: In vielen Bereichen gibt es viele Menschen, die sich gegen die Angriffe wehren. Notwendig ist eine Verbindung dieser Proteste und Bewegungen zu einer schlagkräftigen Opposition auf der Straße.

Flo Klabacher

Die SLP fordert:

- Organisiere dich in Betrieb, Schule und Uni. Plant und organisiert Aktionen gegen die Angriffe von Unternehmen und Regierung. Vernetzt euch.
- Für einen gemeinsamen Streik- und Aktionstag noch 2018!



von Sonja Grusch Von 1.-8. Oktober findet die Eintragungswoche zum Frauenvolksbegehrten statt. Schon im Frühjahr haben 247.436 den Weg auf die Ämter gemacht, nun liegt das Ziel bei 650.000 Unterschriften. Bei den Forderungen findet

sich einiges, das wichtig wäre, zu erkämpfen. Aber irgendwie hab ich das Gefühl, das alles schon mal erlebt zu haben. Ach ja, 1997 haben 644.665 Menschen ein ähnliches Frauenvolksbegehrten unterschrieben. Das Problem: Von den damaligen Forderungen wurde kaum eine erfüllt. Die Themen sind die selben geblieben: Lohnunterschiede, fehlende Kinderbetreuung, Gewalt und Abhängigkeit, teurer/schwieriger Zugang zu Verhütung und Abtreibung etc. gibt es nach wie vor. Seither hat es in Bund und Ländern verschiedene Regierungskombinationen gegeben. Aber gebracht hat das für die reale Situation von Frauen eher wenig. Weil nämlich schöne Worte die Wohnung nicht hei-

Feministisches Déjà-vu?

zen und das Anerkennen der Tatsache, dass Frauen schlechter bezahlt werden, daran auch nichts ändert. Die aktuelle schwarz-blaue Regierung verpasst den Angriffen auf Frauen (die es im übrigen auch vorher schon gab) noch einen Turbo.

Ich hab das Frauenvolksbegehrten unterschrieben – aber was nun? Ja, es ist ein Instrument, damit in der Öffentlichkeit mehr darüber gesprochen wird. Check, erledigt. Aber WIE können die Forderungen auch erreicht werden? Eine 30-Stundenwoche bei vollem Lohn ist längst überfällig, doch dafür muss ein echter gewerkschaftlicher Kampf geführt werden. Kostenlose Verhütung und Abtreibung wird die Regierung auch mit 650.000 Unterschriften nicht einführen, im Gegenteil will sie den Zugang erschweren. Verbesserungen wurden und werden uns NIE geschenkt, immer müssen wir sie erkämpfen. In Spanien haben am 8. März über fünf Millionen Frauen (und Männer) für Frauenrechte gestreikt. Das wäre doch mal ein nächster Schritt auch für den Kampf in Österreich!

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Sündenfall über Sündenfall

Die Politik von Schwarz-Blau ist grauslich. Doch vergessen wir nicht all die Kürzungsmaßnahmen, die von SozialdemokratInnen durchgeführt wurden. Die Privatisierung und Zerschlagung der Verstaatlichten sowie der massive Stellenabbau wurden unter SPÖ-Kanzlern durchgeführt. In den 1990er Jahren folgte ein Kürzungspaket dem anderen. Auch in der Opposition stimmte die SPÖ den diversen rassistischen Verschlechte-

rungen im Fremdenrecht von schwarz-blau zu. Von deren sonstigen Maßnahmen machte sie übrigens kaum etwas rückgängig, als sie die Möglichkeit dazu hatte. Die Ausrede des Koalitionspartners gilt nicht. Denn Gemeindewohnungen werden auch im nach wie vor weitgehend von der SPÖ regierten Wien keine gebaut (außer einer Propaganda Handvoll) und die Mieten damit dem privaten (=teuren) Markt überlassen.



SPÖ-Krise: Kein Ende in Sicht

Mit Pamela Rendi-Wagner soll die erste Frau an der SPÖ-Spitze helfen, die Dauerkrise zu beenden. Was nicht ge-

beiterInnen und um den Kapitalismus zu überwinden, ist davon heute nichts übrig. Die Sozialdemokratie verbürger-

Bürokraft, IndustriearbeiterIn oder deren Angehörige) sehen die SPÖ als „meine Partei“. Auch die (v.a. ausländische) Großindustrie, die die SPÖ so lange hofierte, dankt es ihr nicht. Die sozialdemokratischen Kanzler hatten für sie den sprichwörtlichen roten Teppich ausgerollt in Form von Steuererlässen und sonstiger Unterstützung – doch nun setzt man eher auf die Kurzsche ÖVP, die aggressiver und schneller die Rahmenbedingung an die Kapitalnotwendigkeiten anpasst (Stichwort: 12-Stunden-Tag). Es bleibt also eine Partei ohne soziale Basis, ohne eigenständiges Programm – und mit vielen Problemen.

Sonja Grusch

Ein Wechsel der Köpfe an der Spitze wird nichts ändern, da die Ursache tiefer liegt.

lingen wird, da die Ursache nicht an „unfähigen“ Vorsitzenden liegt. Die Vorliebe für Toskana, teure Weine, Golfen oder Slim fit Anzüge sind mehr als persönliche Marotten – sie sind Ausdruck für die grundlegende Veränderung der SPÖ. Rendi-Wagner setzt diese Linie nahtlos fort.

Angetreten vor rund 130 Jahren als Partei der Ar-

beiterInnen und sieht es als ihre Aufgabe, die Rahmenbedingungen für den Kapitalismus so zu gestalten, dass er optimal floriert und auch für die ArbeitnehmerInnen etwas abfällt. Das Problem dabei: Der Partei ist damit die Basis abhanden gekommen.

Immer weniger Menschen aus der Arbeitnehmerklasse (egal ob Krankenpfleger, Kassierin,



Die SPÖ zurückgewinnen?

Rendi-Wagner steht nicht für einen Kurswechsel. Sie ist die weibliche Version von Kern. Gesellschaftspolitisch gibt man sich fortschrittlich, wirtschaftlich steht man letztlich fest auf dem Boden des Neoliberalismus. Eine Linke ist sie nicht. Es ist zu befürchten, dass ihr die Linken in der SPÖ wieder einmal Vorschuss-Vertrauen geben werden. Ernsthaft linke SozialdemokratInnen müssten die Vor-

sitz-Debatte nutzen und mit einer eigenen Kandidatur auf Basis eines sozialistischen und kämpferischen Programms austreten, wie viele Linke es in der SPÖ noch gibt – und versuchen, sie zu sammeln. Stattdessen machen sich SJ & Co einmal mehr zum linken Feigenblatt der bürgerlich-kapitalistischen Politik und behindern so einmal mehr den Aufbau einer so dringend nötigen neuen Arbeitnehmerpartei!



Widerstand von unten aufbauen!

Die Großdemonstration gegen den 12-Stundentag am 30. Juni gab vielen Menschen Hoffnung. Über den Sommer war-

den 12-Stundentag war so gut wie keine Rede mehr, eher wie man sich abkaufen lässt.

Tatsächlich sind eine

daritätsaktionen und eine gemeinsame Strategie. Genau das kann oder will die ÖGB-Spitze nicht bieten. Man hofft auf ei-

re ein guter erster Schritt. Die Stärke der Regierung ist nur die Schwäche der Opposition bzw. die Unorganisiertheit, Unentschlossenheit und Planlosigkeit all jener, die nicht wollen, wie die Regierung will. Arbeitszeitverkürzung statt 12-Stunden-Tag ist möglich, Regierungsangriffe können zurückgeschlagen werden, dazu braucht es aber Aktionen im Betrieb und auf der Straße. Die KollegInnen der AUVA sind hier ein Vorbild. Es hat sich ausgezahlt, dass die KollegInnen nicht auf die ÖGB-Spitze gewartet haben, sondern eigenständig aktiv geworden sind. Sie haben die Regierungsangriffe massiv abgeschwächt.

Michael Gehmacher

Ob KV-Runde oder Sozialabbau: Wir müssen uns zusammenschließen und gemeinsam aktiv werden.

teten dann KollegInnen auf Initiativen der ÖGB-Spitze. Auch zahlreiche BetriebsräteInnen wollten mehr machen, wurden aber auf die Kollektivvertrags-Verhandlungen (KV) vertröstet. Am 18. September trafen sich dann ca. 900 KV-VerhandlerInnen. Präsentiert wurde ein fertiges Forderungspapier mit einigen guten Forderungen. Aber: Vom Kampf gegen

sechste Urlaubswoche, ein Recht auf lange Freizeitblöcke etc. gute Ideen. Aber abgesehen davon, dass der 12-Stundentag immer noch eine soziale und gesundheitliche Katastrophe bleibt: Ohne Kampf wird man auch diese Forderungen nicht umsetzen. Auch „starke Branchen“ wie die MetallerInnen können das nicht alleine schaffen. Es braucht konkrete Soli-

ne SPÖ in der Regierung – irgendwann.

Ein erster Schritt wäre es, die verschiedenen Kämpfe und Initiativen, die es ja gibt, miteinander zu verbinden: Im Sozial- und Gesundheitsbereich, im Bildungswesen, gegen Abschiebungen... Ein bundesweiter Streik- und Aktionstag, wie es die Initiative „ÖGB aufrütteln“ vorgeschlagen hat, wä-

Der rechte Rand

„Islamisierung“ tötet“

– eine Phrase die wir vor allem von der Propaganda der Identitären kennen. Der Richter, der die Verhandlung wegen Bildung einer kriminellen Organisation und Verhetzung rund um die 17 angezeigten Mitglieder der Identitären führte, sieht in diesem Zitat keine Kritik am Islam – sondern eine „gerechtfertigte Kritik“ an der grünen Politik und am radikalen Islamismus. Er sieht in den Aktionen der Identitären (u.a. Stürmung von Theateraufführungen von Flüchtlingskindern) kein Problem. Es gab lediglich zwei Verurteilungen wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Nun können die Identitären von dannen ziehen, in ihrer Gewissheit vom Gericht bestätigt, dass ihre rassistische Hetze rechtens sei. Der Richter, dessen Namen nicht genannt worden ist, hat allen Rechtsextremen einen Freibrief für ihre Hetze und deren Folgen erteilt. Das bestätigt einmal mehr, was die SLP schon seit langem festhält: Im Kampf gegen Rechtsextremismus können wir uns nicht auf die Justiz oder den Staat verlassen – besonders nicht unter Schwarz-Blau. Der Verteidiger der IB statuierte treffend: "Was Herr Sellner und Herr Kurz sagen, darin erkenne ich keinen so großen Unterschied."

Dagegen zeigten hunderte AntifaschistInnen im September in Wien, wie die Identitären konkret gestoppt werden können: Gemeinsam blockierten sie den Endpunkt eines geplanten Aufmarsches und informierten PassantInnen und AnrainerInnen über den wahren, rassistischen und unsozialen, Charakter der Identitären – mit Erfolg. Sie konnten nicht marschieren.

Peter Hauer

Wie ein „heißer Herbst“ ausschaut

Genau dort, wo die Belastung schon jetzt groß ist, ist es auch die Wut über den 12-Stunden-Tag. MetallerInnen, ÖBB u.a. sind gewerkschaftlich gut organisiert. Hier sollten die KollegInnen die ÖGB-Streikfreigabe nutzen. Wenn klar wird, dass die Arbeit „geber“ den Forderungen nicht zustimmen, dann ist Streik ein nötiges Mittel, um die Angriffe auf Gesundheit und Einkommen zurückzuholen.

Streiks und Aktionen müssen demokratisch organisiert werden. Es ist wichtig, in Betriebsversammlungen über die genauen Ziele und die Protestform zu beraten und abzustimmen. Nur wenn alle mitentscheiden, kämpfen auch alle mit. Kampfschritte müssen auf Konferenzen besprochen werden. Auch das Ergebnis von Verhandlungen muss den betroffenen KollegInnen zur Urabstimmung vorgelegt werden.

Kämpfe sind erfolgreicher, wenn sie nicht isoliert sind. Wir müssen selbst informieren, denn Medien und Politik stehen auf Seiten der Chefs. Aktionen wie Betriebsversammlungen und Streik müssen auch auf die Straße getragen werden. Das erhöht die Wirkung und gibt solidarischen Menschen die Möglichkeit, sich anzuschließen. So kann auch ein Schulterschluss zu KollegInnen aus anderen Betrieben und Branchen hergestellt werden.

Die Regierung plant auch Angriffe auf Mindestsicherung, Arbeitslose und die Krankenkassen. Auch hier kann es Auseinandersetzungen geben. Diese Bewegungen müssen mit den Lohn- und Gehaltsverhandlungen verbunden werden. Weil die ÖGB-Führung zu zögerlich ist, müssen KollegInnen, die was tun wollen, sich dauerhaft koordinieren und unterstützen: ÖGB aufrütteln macht genau das:

FB/ÖGB aufrütteln

Arbeitskampf bei Bilfinger?

Anfang Mai wurden die Beschäftigten vom Management informiert, dass die drei Bilfinger-Gesellschaften Chemserv (am Chemiepark Linz), VAM (in Wels) und Shared Services (in Linz am Rande des VOEST-Geländes) fusioniert werden und das Personalmanagement verkauft wird, da das Personalleasing-Geschäft eingestellt wird.

Die Information kam völlig überraschend. Laut Management würden sich die operativ tätigen Firmen VAM und Chemserv mit ihrer Produktpalette gut ergänzen, ein gemeinsamer Marktauftritt beiden Teilen zusätzliche Chancen eröffnen. € 4 Millionen Einsparungen aus „Synergieeffekten“ sollten nicht aus Kündigungen oder Lohnkürzungen, sondern aus der Nicht-Nachbesetzung von „natürlichen Abgängen“ kommen.

Geglaubt hat das so niemand. Darum haben wir Betriebsratsvorsitzenden der betroffenen Gesellschaften zusammen mit VertreterInnen der Gewerkschaften gpa/djp und PRO-GE sowie der Arbeiterkammer (Jurist) ein gemeinsames Betriebsratsgremium gebildet, das vom Management genaue Informationen eingefordert hat. Lange wurden wir mit Diskussionen über die geplante Organisationsstruktur hingehalten, bis Ende

August die Katze aus dem Sack gelassen wurde: Es geht tatsächlich um eine Absenkung bei den Kollektivverträgen.

Die neue Firma soll in elf Betriebe gemäß Arbeitsrecht zergliedert werden und diese je nach Haupttätigkeit dem KV Metallindustrie, Metallgewerbe oder gar Allgemeines Gewerbe zugeordnet werden. Das würde im Lauf der Jahre Einkommensverluste von mehreren Tausend Euro bedeuten.

Das stößt logischerweise allgemein auf Ablehnung. Die Gegenforderung des Betriebsratsgremiums lautet: Eine Firma = ein Betrieb = ein KV, nämlich Metallindustrie. Auf einer Betriebsrätekonferenz aller betroffenen Firmen wurde dies einstimmig befürwortet. Unterschriftenaktionen und Versammlungen in den Betrieben zeigen erste Wirkungen. Die zentralen Verwaltungsabteilungen können den KV Metallindustrie behalten.

In diesem Umfeld haben am 26.9. in unserer Firma mit 95 % Wahlbeteiligung Betriebsratswahlen stattgefunden. Ständige Information und Organisierung der Belegschaft für ein offensives Vorgehen bis hin zu Streiks waren und sind meine zentralen Punkte.

Gerhard Ziegler,

Betriebsratsvorsitzender
bei Bilfinger Shared Services
Österreich



Zur Kika/Leiner-„Rettung“

Zwei Monate durfte sich Österreich mit den über 5.000 Beschäftigten von Kika/Leiner freuen. Durch die Vermitt-

Milliardär und könnte sich die Rettung von Kika/Leiner und allen Beschäftigten leisten. Nur wäre er nicht Milliardär,

Kurz & Co. sind die Profite der InvestorInnen und AktionärlInnen wichtiger, als die Jobs zu retten.

lung von Bundeskanzler Kurz wurde die insolvente Möbelhausgruppe verkauft. Während die XXXLutz-Gruppe wächst und Ikea den Onlinemarkt dominiert, fällt Kika/Leiner wiederholt durch Finanzprobleme auf. Dann trat Kurz-Berater René Benko mit seiner Firma Signa-Holding auf den Plan. Er ist

wenn er so ticken würde. Es wird jetzt auch nicht gerettet, sondern saniert. Deshalb müssen bis zu 1.100 Beschäftigte gehen. Das macht zumindest Benko und seine InvestorInnen noch reicher.

Die Betriebsräte bedauern zwar die Entwicklung, nehmen sie aber als „natürlich“ hin.

Thomas Hauer

- GPA

Am 14.9. rief die GPA zum Protest gegen die Kürzung beim AMS. Trotz Regen kamen viele – und wurden enttäuscht. Die Betroffenen kamen nicht wirklich zu Wort. Auf völliges Unverständnis stießen Appelle an die „liebe Frau Minister“ (gemeint ist Hartinger-Klein). Zu Recht fragten viele der anwesenden KollegInnen, wann denn endlich Schluss ist mit dem ewigen Bitten und Hoffen und wann die Gewerkschaft endlich Zähne zeigt.

+ Cheers!

Die Beschäftigten der Four-Roses-Brennerei (Kentucky) streikten am 7.9. gegen zweistufige Verträge. Neue Beschäftigte wären schlechter gestellt. Welch Bewusstsein gegen Spaltung und für gewerkschaftliche Einheit! Der Druck wuchs, da man unmittelbar vor dem Bourbon Festival streikte. Auch vorbildlich: Aktive Kundgebungen! Am 17.9. dann das Management: Das mit den zweistufigen Verträgen war wohl ein „Missverständnis“.

+ McStreik

Inspiriert von der #meetoo-Kampagne schreiben McDonalds-Beschäftigte in zehn Städten der USA mit dem ersten Streik gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz Geschicht. Der Streik richtet sich gegen sexuelle Übergriffe durch Führungspersonal. Unterstützt werden die KollegInnen auch von Beschäftigten anderer Fast-Food-Konzerne, die OrganisatorInnen sind Teil der Kampagne für einen 15\$ Mindestlohn.

+ Legitimer Generalstreik

Manfred Rabensteiner und Peter Redl, Betriebsräte im Lorenz Böhler Unfallkrankenhaus der AUVA in Wien 20 im Interview.

„Für die Gewerkschaft war das, im Nachhinein gesehen, eine Riesen-Überraschung ... die Betriebsräte des Lorenz Böhler Krankenhauses haben zum Arbeitskampf aufgerufen und alle anderen nachgezogen.“

Gewerkschaft: „... muss (...) definitiv Kraft zeigen, Kampfstärke zeigen. Das können sie beweisen, jetzt bei Lohnverhandlun-

gen. Wenn da überhaupt nix rauskommt, oder sie, wie in den letzten Jahren schon, schwach ist ... dann haben sie sich von allein demonstriert.“

Ist Generalstreik legitim: „Ja, auf alle Fälle. So wie sie ... über die Arbeiter, über die Angestellten, über die Leute einfach drüber gefahren sind von Regierungsseite... ist das nur eine Möglichkeit, dass du wirklich Stärke zeigst.“ Mehr auf www.slp.at und bei Eine Welt zu gewinnen!

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft



Daten sammeln: Wofür und für wen?

2012 berichtete die New York Times, dass ein Vater in einem Target Einzelhandelsgeschäft (USA) den Manager anschrie, weil seine jugendliche Tochter Gutscheine für Babyartikel erhalten hatte. Eine Woche später kehrte er zurück,

senschaft im Kapitalismus führt. Daten wurden auch früher gesammelt, doch große Unternehmen wie Facebook, Netflix & Co. entwickeln ausgefeilte Tools, um sehr detailliert herauszufinden, wer wir sind und was sie uns ver-

hüllen kann. Überlebende von häuslichem Missbrauch, politische AktivistInnen und andere, die verschiedene Konten mit unterschiedlichen E-Mails auf verschiedenen Geräten nutzen, können trotzdem noch durch die Algorith-

Technologieunternehmen und der Harvard Business Review nennt sie den "sexiest job of the 21st century" ("attraktivster Job des 21. Jahrhunderts"). Im Kapitalismus ist die Verletzung unserer Privatsphäre, um uns gezielter mit Werbung anzusprechen also "sexy"!

Doch können Datenwissenschaften auch zum Wohle von Menschen eingesetzt werden? Eine alte Kritik am Sozialismus ist, dass es ohne einen Markt unmöglich zu wissen sei, was man produzieren soll. Die Entwicklungen im Bereich der Datenwissenschaft zeigen, dass es möglich wäre, genau herauszufinden, was in einem Bezirk, einer Stadt, einem Land oder der ganzen Welt gewünscht und benötigt wird.

Ohne das Motiv der Gewinnmaximierung kön-

ten wir in einer sozialistischen Gesellschaft Algorithmen und Analysewerkzeuge entwickeln, die unser Leben tatsächlich verbessern und bereichern würden. Anstatt uns sagen zu lassen, dass wir mehr und mehr kaufen müssen, um glücklich zu sein und ein bestimmtes vorgefertigtes Bild zu erfüllen, können wir die technischen Möglichkeiten für Arbeitszeitverkürzung und Verbesserung der Unterhaltung nutzen.

Das alles ist möglich, ohne unsere Privatsphäre als Einzelpersonen zu verletzen. Wir können sicherstellen, dass für jedeN gesorgt ist – aber nur in einem System, wo die Produktion, die gesellschaftlichen Reichtümer und eben auch Daten unter der demokratischen Kontrolle der ArbeiterInnen stehen..

Brettos

Die technischen Möglichkeiten, sehr viel über uns alle zu wissen, werden aktuell für Profite genutzt.

entschuldigte sich, da er soeben erfahren habe, dass seine Tochter schwanger war. Der Artikel behauptete, dass ein Statistiker ein Modell entwickelt hatte, um Kaufgewohnheiten zu verschiedenen Produkten zu analysieren und so herauszufinden, ob Frauen schwanger waren.

Das ist nur ein Beispiel, wozu die Datenwis-

kaufen können bzw. auch unsere „Bedürfnisse“ profitbringend zu steuern.

Das gesamte Geschäftsmodell von Facebook basiert darauf, so viele Daten wie möglich über uns zu sammeln. Kaum unterschätzt werden kann die Gefahr des Facebook-Tools "Personen, die du kennen könntest", das die Identität von Menschen ent-

men von Facebook identifiziert werden.

Netflix, das Informationen über unsere Sehgewohnheiten zur Produktion von Fernsehsendungen und Filmen nutzt, verfügt über bis zu 75.000 verschiedene Filmkategorien (104 allein für Zombies).

Datenwissenschaften sind extrem wertvoll für

2 Rackets

In der Folge eines „Ausrasters“ hat sich gezeigt: Weiße Männer wie John McEnroe gelten als „legendär“ für ihre Ausraster und zerstörte Tennisschläger, schwarze Frauen als „hysterisch“. Die traurige Spalte von Rassismus und Sexismus wurde schließlich mit einer „Karikatur“ erreicht. Serena Williams hat gut reagiert, indem sie bei der Siegerehrung nach Buh-Rufen Respekt für ihre Gegnerin Naomi Osaka einforderte.

Uploadfilter und Linksteuer

Kürzlich hat die neue Urheberrechtsrichtlinie holprige Zustimmung im EU-Parlament erhalten. Zum Inkrafttreten muss sie noch einige Hürden nehmen. Das propagandistische Motto der EU „Gegen Google & Co“ bedeutet in diesem Fall: „Für Springer & Co“. Die Lobby der großen Verlage versucht, sich mit der Richtlinie Profite zu sichern. Internet-UserInnen, kritische Initiativen, kleine Organisationen, linke AktivistInnen

werden von Abmahnungen und ruinösen, existenzbedrohenden Zahlungsforderrungen bedroht sein – auch für Rechtsanwaltskanzleien ein gutes Geschäft. Wie so oft, sind Konsequenzen im Detail unklar. Plattformen dürfen das Hochladen „geschützter“ Inhalte nicht mehr zulassen („Uploadfilter“). Dadurch bleibt fast nichts mehr übrig, was noch (kosten-)frei verfügbar sein wird. Das Leistungsschutzrecht („Linksteuer“) wird die Arbeit und

die Meinungsäußerung von kritischen JournalistInnen und AktivistInnen erschweren, weil fast nichts mehr zitiert werden darf. Das Kapital ist sich uneinig, manche glauben sogar, dass absurderweise doch Google und YouTube profitieren könnten, weil es dort schon Filtermechanismen gibt. Sicher ist nur eines: Wir sollen zahlen, Unternehmen profitieren. Das Internet kommt dem Kapitalismus nicht.

Take a Knee

2016 kniete der Football-Profi Kaepernick zur Hymne, um gegen Rassismus und Polizeigewalt zu protestieren. Viele folgten dem Beispiel. Das Establishment um Trump versucht seitdem, diese Bewegung zu stoppen. Die Ligabosse wollten im Mai das Knien am Feld verbieten und bestrafen. Doch die Spieler-Gewerkschaft widersetzte sich. Der Plan wurde zurückgezogen. Jetzt sollte man den Protest gemeinsam auf die Straße tragen!

Gegen den Gipfel der Eliten!

Am 20.9. fand in Salzburg ein inoffizieller EU-Gipfel statt. Das war auch der Höhepunkt unserer Kampagne gegen die EU der Banken und Konzerne und die schwarz-blaue Regierung. Im Rahmen dieser veranstalteten wir zahlreiche Aktionstage – teils mehrere pro Woche – und kamen mit über tausend Menschen in Diskussion über die Heuchelei der EU und ihre Politik für die Reichen und Superreichen. Wir verteilten tausende Flyer, verkauften hunderte Vorwärts und zige Broschüren. Interessierte Personen luden wir zu unseren Aktionskomitees ein, auf denen wir inhaltliche Diskussionen führten, aber auch weitere Proteste und Aktionstage planten.

Nach dem Sommercamp von SLP und SAV Ende August kamen deutsche SozialistInnen nach Salzburg. Bei einer Veranstaltung ging es um G20 und den EU-Gipfel, wir suchten und fanden Parallelen und bereiteten uns auf die Gipfelproteste hier vor. Die Erfahrungen aus dem Gipfel in Hamburg halfen uns, mögliche Gefahren zu erkennen, wie eine Eskalation durch die Polizei, und uns einen Umgang damit zu überlegen. An unseren Aktionstagen verteilten wir nicht nur Flyer und verkauften Vorwärts und

Moritz Bauer

Broschüren. Wir hielten auch zahlreiche Reden, in denen wir die Verbindung zwischen der Politik der einzelnen Regierungen der Mitgliedsstaaten und der Politik der EU selbst aufzeigten. Wir erklärten, warum wir die EU nicht reformieren können, aber auch keine nationalen Alleingänge wollen, sondern gemeinsam für ein Europa kämpfen, in dem die Profitlogik gestürzt wird – ein sozialistisches Europa.

Mit Schulbeginn begannen wir auch vor Schulen zu flyern. In den Komiteetreffen nutzten wir die Zeit, um eventuelle Bedenken und Sorgen bezüglich der Demonstration zu diskutieren. Außerdem betonten wir, dass die Proteste weitergehen müssen und besprachen, welche Kämpfe sich in der nächsten Zeit entwickeln könnten. Auch weitere Aktionen und Diskussionsveranstaltungen planten wir. Auf den Demonstrationen am 19. und 20.9. bildeten wir einen Jugendblock, in dem wir über Demosprüche, Transparente und Schilder unsere EU-Kritik mit dem Widerstand gegen Schwarz-Blau verbunden. Unsere Flyer auf der Demo kündigten weitere Veranstaltungen an und riefen dazu auf, mit uns auch über den Gipfel hinaus aktiv zu werden.

Moritz Bauer



Pro-Choice is ois

Anlässlich des internationalen Aktionstags für legale und sichere Abtreibung gingen weltweit Frauen auf die Straße um sich für ihre Rech-

war groß und wir hörten „Gut, dass auch auf dieses Themen aufmerksam gemacht wird!“ und wir wurden auch gefragt, ob man selbst helfen könne.

fassenden Aufklärungsunterricht sowie kostenlose Kinderbetreuung für jedes Kind an den Eingang des „Sozial- und Gesundheits“-Ministeri-

AktivistInnen von Nicht-mit-Mir kämpfen in Wien und Salzburg für das Recht auf Selbstbestimmung.

te einzusetzen. Auch in Wien und Salzburg protestierten AktivistInnen von Nicht-mit-mir und vielen weiteren für das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper. In Salzburg unterstützten viele SchülerInnen die Aktion, hielten Reden und erklärten Ihren eigenen Bezug zu dem Thema. Auch das Interesse der PassantInnen

In Wien beteiligte sich die österreichische Gruppe von Ni Una Menos (Feministinnen aus Argentinien) und viele weitere AktivistInnen, u.a. auch aus Polen. Zum Ende der Aktion wurden die Forderungen für einen freien, kostenlosen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, aber auch für kostenlose Verhütung, um-

ums geheftet um deutlich zu zeigen: „Unser Körper, unsere Entscheidung!“

Die schwarz-blaue Regierung hat bereits im Regierungsprogramm angekündigt das Recht auf Abtreibung zu beschränken. Doch wir werden nicht tatenlos zu sehen, wir kämpfen für unser Recht auf Selbstbestimmung!

Katka und Martina

SozialhacklerInnen aller Länder: Vereinigt euch!



Von 21.– 22.9. lud das „Kritische Netzwerk aktivistischer Sozialer Arbeit“ zum „Sozialhackler*innen Kongress“ nach Wien ein. Uns AktivistInnen der SLP war es wichtig, darauf aufmerksam zu machen, die Zeit zum Planen nächster gemeinsamer Aktionen zu nutzen. Unter den Teilnehmenden war spürbares Interesse, aktiv zu werden. Jedoch erklärten viele, dass sie politisches Engagement als Zusatzbelastung zu ihrem Job emp-

finden. Anknüpfend daran wiesen wir darauf hin, dass es an uns lege, Angebote und Arbeitsfeld zu gestalten. Auch die Aktionsform „Streik“ wurde genannt und diskutiert. Zur konkreten Planung weiterer Aktionen kam es leider nicht. Trotzdem kann der Kongress als erfolgreicher erster Schritt für eine bundesländerübergreifende Vernetzung von SozialarbeiterInnen gesehen werden.

Marlene Erkl

Andere über uns

Die Presse

Die, die unter 30 Jahren sind, denken nicht mehr an Eltern oder Lehrer. Sie denken an Freunde, an die Medien, an Sex und an die eigene Zukunft. Wenn „Solidarizität“ heißt, soll sie über Hippie-Love und über komponierte Pfeile laufen. Oder „Organisation“ ist Kreativität. Das beginnt damit, dass Kreativität und sexuelle Lust hand in hand gehen. Und der Sozialpartnerschaftsvertrag.

„Die Presse“ berichtete über die Kollektivvertrags-Verhandlungen des ÖGB – und über die Intervention der von der SLP initiierten Kampagne „ÖGB aufrütteln“. „Wir sind für eine kämpferische Politik im ÖGB“, zitiert sie SLP- und „ÖGB aufrütteln“-Aktivisten Flo Klabacher: „Die Regierung diktiert uns Klassenkampf und wir können nicht klein beigegeben und der Sozialpartnerschaft nachweinen.“

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Migration, die Mutter aller Probleme?

Als der deutsche Innenminister Horst Seehofer verkündete, Migration sei „die Mutter aller Probleme“, brachte er damit nur auf den Punkt, wie weit das politische Establishment bereits nach rechts gerückt ist. In Österreich werden währenddessen Menschen abgeschnitten, weil sie sich „nicht schwul genug“ verhalten, um Schutz zu bekommen. Hier wie dort dient der Rassismus zur Um-

dern verunmöglicht hat, dieselbe Entwicklung zu durchlaufen wie jene der Kolonialherren. Auch heute leiden die Länder, aus denen Menschen fliehen, unter (neo-)kolonialer Ausbeutung von Mensch und Natur. Das hat sich mit dem Eintreten in die weltweite Krisenperiode ab 2007/08 massiv verschärft: Im Jahr 2017 befanden sich weltweit 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Im Zehn-

ein kleiner Bruchteil dieser Menschen wagt bzw. schafft es dann, auf jene Kontinente zu fliehen, auf denen die Chefetagen der verantwortlichen Konzerne stehen. Zwei Drittel aller Flüchtlinge 2016 waren sogenannte Binnenflüchtlinge, sie sind innerhalb ihres Heimatlandes geflüchtet. Die EU nahm nur knapp 10% jenes Drittels auf, das tatsächlich Landesgrenzen überquerte. Die meisten Flüchtlin-

„AsylwerberInnen“, machen nur ein Zehntel der MigrantInnen aus. Tatsächlich ist die Unterscheidung zwischen „MigrantInnen“ und „Flüchtlingen“ bzw. zwischen „politischen Flüchtlingen“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“ irreführend und konstruiert.

Die Genfer Flüchtlingskonvention ist ein Relikt des Kalten Kriegs. Sie sollte damals hauptsächlich pro-westlichen Intellektuellen im stalinistischen Ostblock Schutz im Westen ermöglichen. Der idealtypische Flüchtling ist auch heute ein verfolgter Regimekritiker in einer nicht mit dem Westen kooperierenden Diktatur. Doch die meisten Menschen fliehen nicht, weil Kopfgeldjäger direkt auf sie angesetzt sind. Sie fliehen vor Flächenbombardements und den täglichen Anschlägen mit 20, 40, 100 Toten, die heute nur noch Randnotizen in unseren Zeitungen sind. Sie fliehen vor dem Agrarkonzern, der ihre Felder zerstört und den Freihandelsverträgen, die ihm das ermöglichen. Sie fliehen vor – mit dem Westen verbündeten – Regimen,

die Frauen- und Menschenrechte mit Füßen treten. Und nicht zuletzt fliehen sie vor Dürren und Fluten, vor Naturkatastrophen, die auf die Klimaerwärmung durch die kapitalistische Industrie zurückzuführen sind.

Praktisch bedeutet das, dass viele Menschen, die vor Krieg, Armut oder Rassismus aus ihrer Heimat fliehen, sich keinen Schutz von jenen Ländern erwarten können, die die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben haben. Sie sind ja nicht „persönlich verfolgt“. Was das konkret bedeutet, ist Auslegungssache. Oder mörderisch zynisch angesichts der Vielzahl von Menschen, die auf eine Vielzahl von Arten verfolgt wird!

Nicht Migration ist also die Mutter aller Probleme – sondern jenes System, das Menschen erst zu Flüchtlingen ohne jegliche Perspektive macht: Die kapitalistische Wirtschaft. Dieser Vorwärts-Schwerpunkt widmet sich nun der Frage, wie ein sozialistischer Ansatz zu Migration aussieht.

Celina Brandstötter

Die Politik ignoriert den Großteil aller Fluchtursachen – auch weil sie dafür verantwortlich ist.

setzung von Angriffen auf soziale Standards und Grundrechte. Doch gerade weil die Debatte so faktenfremd geführt wird, ist es umso wichtiger, klare Fakten statt Hetze in den Vordergrund zu stellen.

Ja, immer mehr Menschen werden dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Gründe dafür gibt es viele. Ihr gemeinsamer Ursprung ist die jahrhundertelange koloniale Ausbeutung, die es den unterworfenen Län-

Jahres-Vergleich ist dies beinahe eine Verdopplung (2007: 37,5 Millionen). Imperialistische Staaten und Unternehmen bereichern sich an Ressourcen oder stehlen Land direkt durch „Land Grabbing“. Auch der österreichische Staat und österreichische Unternehmen mischen hier kräftig mit. Sie verwüstten ganze Länder mittels Stellvertreterkriegen. Was sie zurücklassen, sind Millionen Menschen ohne jegliche Perspektive. Nur

gebleben in unmenschlichen Massenlagern in der Türkei, im Libanon, Irak, Pakistan, Uganda oder Äthiopien stecken.

Der Migrationsbericht der UN gibt an, dass 2017 schätzungsweise 3,4% der Weltbevölkerung MigrantInnen sind. Jene MigrantInnen, die Seehofer anspricht, also Menschen die vor Krieg, Hunger, Folter, Naturkatastrophen oder anderen humanitären Krisen flüchten,

Superreiche kosten uns viel mehr als alle Flüchtlinge

- Alle Flüchtlinge in der EU: 27 Milliarden (2016)
- Jährlich durch Steuerflucht verlorene Steuergelder: 70 Milliarden (EU)
- Insgesamt in Steueroasen gehortetes Geld der Superreichen: 2 Billionen (EU)



Quellen: Wikipedia, London school of economics, nachrichten.at, diepresse.com

Zahlen und Fakten

► **Beim Untergang** der Titanic sind 1.500 Menschen gestorben. Eine Tragödie, die bis heute viele Menschen erschaudern lässt. Heute spielt sich diese Tragödie laufend im Mittelmeer ab. 2017 sind mindestens 3.193 Menschen beim Versuch, nach Europa zu flüchten, ertrunken. 2018 starben bereits in den ersten sieben Monaten ca. 1.500 Menschen.

► **Insgesamt starben** an Europas Außengrenzen seit dem Jahr 2000 über 35.000 Menschen, 23.000 davon seit 2014.

► **Weltweit waren** 2015 rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht, die Hälfte davon Kinder. Rund 38 Millionen davon blieben als „Binnenflüchtlinge“ in ihrem Heimatland, lediglich 3,1 Millionen kamen als AsylwerberInnen in reichere Länder.

► **Die Zahl** der Menschen, die zur Flucht gezwungen sind, ist in knapp drei Jahren auf 68,5 Millionen Menschen gestiegen. Alle 2 Sekunden wird ein Mensch dazu gezwungen, zu flüchten.

► **Geflüchtete Kinder**, die in Griechenland gelandet sind, konnten

im Durchschnitt 20 Monate nicht in die Schule gehen, in Schweden warten Minderjährige bis zu einem Jahr darauf, in einem Asylverfahren angehört zu werden.

► **Kriege, Hunger** und Umweltkatastrophen sind die Hauptursachen für Flucht. Aktuell gibt es über 30 registrierte Kriege und Konfliktherde, die dazu führen, dass Menschen die Region verlassen müssen, um ihr Leben und das ihrer Kinder zu retten. Allein 2015 verkauften deutsche Rüstungsfirmen Waffen im Wert von fast fünf Milliarden Euro ins Ausland. Österreich erstellt seit 2010 keinen Bericht mehr darüber, welche Firmen Waffen wohin verkaufen. Doch wird offensichtlich an diverse Diktaturen und real kriegsführende Staaten verkauft.

► **Mangelernährung** und Lebensmittelspekulationen treiben Menschen zur Flucht. Der Preis des Hauptnahrungsmittels rotes Sorghum ist in Somalia in einem Jahr um 350% gestiegen. Alle fünf Sekunden stirbt auf der Welt ein Kind an vermeidbaren Ursachen.

Karin Wottawa

Migration und die Linke

Auch wenn viele am liebsten die Augen vor den Gräueln verschließen möchten, spätestens die Bilder ertrinkender Kinder oder die Hundertschaften von (staatlichen oder selbst ernannten) GrenzschützerInnen lassen dies nicht zu. Ob nun in der Hetze

beschäftigt müssse der Nationalstaat geschützt werden, er wäre sonst ein „Eugenuchenstaat“ erklärte beispielsweise Werner Murgg (Landtagsabgeordneter der KPÖ Steiermark) am Höhepunkt der „Flüchtlingskrise“. Und auch von gewerkschaftlicher Sei-

Nationalismus und Standortlogik spalten und schwächen uns alle.

der österreichischen Bundesregierung, in moralisch empörten ARTE-Dokumentationen, bei den Stammtischen dieser Welt oder in den Debatten der ArbeiterInnenbewegung: Überall werden Lösungen und Scheinlösungen für die „Migrationskrise“ gesucht. Abschiebungen und Hochrüsten der Außengrenzen Europas sind die Antwort „unserer“ EntscheidungsträgerInnen und ihrer GeldgeberInnen. Fatalerweise ist es gerade die Linke, die oftmals keine oder nur letztendlich arbeiterInnen- und flüchtlingsfeindliche Antworten zu präsentieren weiß.

Im Deutschen Bundestag fordert z.B. die „linke“ Sahra Wagenknecht ein „Umdenken“ linker Migrationspolitik. Sie meint damit v.a. ein Übernehmen von rechten Denkmustern und argumentiert das mit dem „Schutz“ der „kleinen Leute“ vor „unreglementierter Migration“. Auch in Österreich ist eine derartige Argumentation wohlbekannt. Zum Schutz der heimischen Be-

te gibt es kaum Solidarität für Flüchtlinge. Versuche, undokumentierte KollegInnen zu organisieren, bekommen kaum Unterstützung. Auch hat man es jahrzehntelang verabsäumt, migrantische KollegInnen, die zum Arbeiten oder als Flüchtlinge kamen, in die Gewerkschaftsbewegung zu integrieren. Im Gegenteil: An den Spitzen von ÖGB und AK herrscht noch immer die Auffassung, „österreichische“ Beschäftigte müssten vor der migrantischen „Konkurrenz“ geschützt werden – und das obwohl rund 20% der Bevölkerung in Österreich Migrationshintergrund besitzen.

Die überwältigende Mehrheit davon sind ArbeiterInnen, Angestellte, Lehrlinge und Arbeitslose. „Sie“ sind also längst zu „wir“ geworden. Eine ArbeiterInnenbewegung, die diesen Teil der ArbeiterInnenklasse ignoriert oder gar als Feinde sieht, steht im Widerspruch zu ihrer grundlegendsten Aufgabe – der Organisierung der Klasse an sich. Die bewusste Spaltung

in In- und AusländerInnen im Sinne des Kapitals wird von diesen „Linken“ mit stetem Brennstoff versorgt.

Sie alle machen einen zentralen Fehler: Sie kapitalisieren vor den Widersprüchen des Kapitalismus, Kapital und Arbeit. Selbstverständlich werden MigrantInnen zum Abbau des Sozialstaates und zur Senkung des Lohnniveaus missbraucht. Das ist jedoch nicht ihre Schuld! Es ist nur möglich, wenn das Kapital und seine PolitikerInnen stark genug sind, um damit durchzukommen – und die ArbeiterInnenbewegung zu schwach. In Österreich haben sich die Lebens- und Arbeitsrealität nicht verschlechtert, weil uns von außerhalb Europas eine Flüchtlingsinvasion eingeholt hätte, sondern weil die Spitzen der Wirtschaft sich sicher genug fühlen, die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu zerstören.

Letztendlich geht es um die Kräfteverhältnisse und die Frage, ob man sie ändern kann. Wenn man davon ausgeht, man könne an der ungleichen Verteilung des Reichtums, am Besitz der Produktionsmittel durch eine kleine Minderheit sowieso nichts ändern, bezeichnet man sich eben als Pragmatiker und blickt bloß der „Realität ins Auge“. Wer nicht nach oben schlagen kann (oder will), tritt halt nach unten. Das ist kein Pragmatismus, sondern Verrat an all jenen Menschen, die nichts zu verkaufen ha-



ben als ihre Arbeitskraft. Und dies schließt die fliehenden Massen mit ein. Grund dieses Fehlschlusses ist die ideologische Basis der Führung der ArbeiterInnenbewegung – in Österreich, aber auch international: Reformismus, also das akzeptieren kapitalistischer Spielregeln, führt zwangsläufig früher oder später zu Nationalismus.

Kampf gegen Rassismus und Abschottungspolitik bedeutet Kampf gegen Kapitalismus.

Besonders fatal ist der Irrglaube, die ArbeiterInnenbewegung könnte durch ein Übernehmen dieser Logik soziale Errungenschaften verteidigen, nach der Logik: „Wir müssen uns zuerst um österreichische ArbeiterInnen kümmern“. Ein Einlenken gegenüber dem Rassismus und der Spaltung stärkt uns nicht einmal kurzfristig, dafür legitimiert es die rassistische Hetze von oben. Es spielt den Reichen und Rechten in Hände: Ihr Geschrei, Flüchtlinge würden „unsere“ Arbeitsplätze, Wohnungen und Sozialleistungen stehlen, lenkt von den tatsächlichen Schuldigen ab – dem einen Prozent der Menschen, die in Österreich über 800 Milliarden Euro besitzen. Somit führt kein Weg vorbei an einem Kampf gegen Zuzugsbeschränkungen einerseits und dem Kampf für soziale Verbesserungen anderer-

seits. MigrantInnen, egal woher sie kommen, sind Teil der österreichischen ArbeiterInnenbewegung und sollten endlich auch in ihren Organisationen gleichberechtigt willkommen sein. Nur so kann verhindert werden, dass ein Teil der Beschäftigten vom Kapital zum Schaden aller missbraucht wird.

Nationalstaatliche Grenzen sind im Kapitalismus

pitalistischen Ausbeutung und können nicht ohne jene „abgeschafft“ werden. Wenn wir den Kapitalismus überwunden haben, werden in weiterer Folge auch Nationalstaaten und damit Grenzen überflüssig – und sterben ab.

Während Menschen elendig verhungern, Wälder gerodet werden und Wasser gestohlen wird, Kriege um sich greifen und der Klimawandel immer horrende Ausmaße annimmt, ist es nur verständlich, dass Menschen – derzeit 68,5 Millionen weltweit – fliehen. Nicht die Gier oder der Neid auf „unser schönes Leben“ treibt sie in die Hände von Schlepperbanden. Die tatsächliche Fluchtursache lässt sich in einem Wort zusammenfassen: Kapitalismus. Jede Ausrede für die Notwendigkeit, Flüchtlinge nicht die nötige Solidarität zu geben, macht jene, die sie aussprechen, mitschuldig an dem Leid der ArbeiterInnen – egal ob in Österreich, im Kongo oder in Syrien. Denn es ist keine Frage der vorhandenen Mittel, ob alle Menschen in Würde leben können, sondern ausschließlich eine Frage der Verteilung!

Jedes Zurückweichen aus „taktischen“ Überlegungen schwächt unsere Widerstandskraft in anderen Fragen. Nur ein gemeinsamer Kampf gegen Rassismus und Kapitalismus – gemeinsam mit allen davon betroffenen – kann auch erfolgreich sein. Und Erfolg haben wir bitter nötig!

Moritz Erkl,
Sebastian Kugler



Marx aktuell

Häufig wird das Argument gebracht, Migration schade den ArbeiterInnen, da sie verschärft Konkurrenz am Arbeitsmarkt bedeute. Ähnliches wird auch von deklariert Rechten vertreten. So meint FA-Gewerkschafter Michael Koschat etwa, es müsse „ein Schutzhelm über den österreichischen Arbeitsmarkt gespannt werden“.

Weil oft unwidersprochen, hält sich so auch bei ArbeiterInnen, was bereits Marx am Beispiel der irischen Migration nach England beschrieb: »Der gewöhnliche englische Arbeiter hasst den irischen als einen Konkurrenten, der die Löhne und den standard of life herabdrückt. Dieser Antagonismus zwischen den Proletarien in England selbst wird von der Bourgeoisie künstlich geschürt und wach gehalten. Sie weiß, dass diese Spaltung das wahre Geheimnis

Reformismus und Grenzschatz

der Erhaltung ihrer Macht ist.« (Der Generalrat an den Föderalrat der romanischen Schweiz, 1870)

Die aktuelle Debatte ist im Wesentlichen eine Fortführung der Richtungsdebatte in der frühen Sozialdemokratie. ReformistInnen forderten im späten 19. Jahrhundert ein Arbeitsverbot für Frauen und argumentierten, so könne man Lohnerhöhungen erzwingen. Als von KapitalistInnen der imperialistischen Staaten vermehrt Arbeitskräfte aus den Kolonien geholt wurden (die unter weit schlechteren Bedingungen im Vergleich zu „Einheimischen“ arbeiteten), beschlossen zahlreiche Gewerkschaften (u.a. in Nordamerika), MigrantInnen auszuschließen und aus dem Arbeitsmarkt zu verdrängen, um Billigkonkurrenz zu vermeiden. Doch sobald es zu Streiks kam, wurden ebenjene gewerkschaftlich nicht erschlossenen Schichten zum Streikbrechen eingesetzt.

Beim Amsterdamer Kongress der 2. („Sozialistischen“) Internationale 1904 wurde von ReformistInnen ein Einreiseverbot für „Arbeiter rückständiger Rassen“ aus Angst vor sozialen Verschlechterungen für „heimische“ Beschäftigte gefordert. Mangels Einigung wurde die Debatte auf den Stuttgarter Kongress 1907 verlegt. Dort setzte sich der revolutionäre Flügel um Karl Liebknecht durch. Er meinte: „Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung! Das ist die erste Voraussetzung dafür, dass die Ausländer aufhören, die prädestinierten Lohndrücker und Streikbrecher zu sein!“ Folglich beschloss der Kongress die Forderung nach „Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalte im Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen“.

Revolutionäre SozialistInnen betonten damals wie heute die gemeinsamen Interessen von ArbeiterInnen, egal woher sie kommen, und setzen sich für einen kollektiven Kampf ein – gleichzeitig wird eine klare Distanz zu Bürgerlichen gehalten, die Migration zur Unterwerfung sozialer Standards nutzen.

Leon Neureiter

Zum Weiterlesen

Was ist linke Migrationspolitik?
Erschienen im Manifest Verlag

Texte, die den Äußerungen von Sahra Wagenknecht die prinzipielle Verteidigung der Rechte von MigrantInnen und einen Klassenstandpunkt entgegenstellen.



Selbstorganisation statt Bevormundung!

Während die europäischen Regierungen die Grenzen aufrüsten und konsequent nach rechts rücken, kann es schwierig sein, sich vorzustellen, wie dagegen effektiv Widerstand geleistet werden kann. Die Medien berichten wenig über solche Kämpfe, doch es gibt sie: Im Februar 2017 demonstrierten etwa, von den internationalen Medien fast ignoriert, in Katalonien 500.000 Menschen für die Aufnahme von Flüchtlin-

ten waren ausgeschöpft. Doch kollektive Solidarität mischte die Karten neu. Die SLP konnte gemeinsam mit ihnen und ihren MitschülerInnen eine erfolgreiche Kampagne gegen die Abschiebung aufzubauen. Wir halfen bei der Organisierung einer Vollversammlung an der Schule. Dem folgte innerhalb von zwei Tagen ein Schulstreik mit 500 TeilnehmerInnen. Sogar der Wiener Basketball Verband solidari-

flüchteten auf. Am 24. November 2012 machten sich hunderte Flüchtlinge vom Massenlager Traiskirchen in einem Protestzug nach Wien auf, um gegen die miserable Unterbringung und die katastrophale rechtliche und soziale Situation von AsylwerberInnen anzukämpfen. Monate lang trotzten sie staatlicher Repression und medialen Hetzkampagnen, schlugen ein Lager vor der Votivkirche auf und

von Socialist Action (SLP) Schwesterorganisation in Hong Kong) konnte u.a. bereits eine Lohnerhöhung erkämpft werden. All diese Beispiele zeigen, dass die Rechte von MigrantInnen nicht über StellvertreterInnenpolitik, sondern nur über gemeinsame Kämpfe verteidigt werden können.

Eine revolutionäre Partei wie die SLP oder ihre Schwesterorganisationen sind hierbei von enormer Hilfe. Sie kann die Erfahrungen aus vergangenen Kämpfen bündeln und in neue Auseinandersetzungen einbringen. Ebenso kann sie verschiedene Bereiche des Widerstandes gegen die Politik der Herrschenden verbinden und somit helfen, die Isolation von MigrantInnen zu durchbrechen. Vor allem kann sie die Notwendigkeit, sich nicht an die Spielregeln des kapitalistischen Staates zu halten, hervorheben und neuen AktivistInnen aufzeigen, wie dies erfolgreich sein kann. Das Fehlen einer starken revolutionären Kraft wurde in der großen Solidaritätsbewegung 2015/16 spürbar: Sie vereinte riesiges Potenzial und Solidarität, doch konnte sie keine konkreten Organisationsangebote und politische Perspektiven bieten. Die Proteste versickerten und nur wenig später kam Schwarz-Blau an die Macht. Gerade der Rassismus der jetzigen Regierung bringt viele dazu, sich erstmals oder wieder im Kampf für MigrantInnenrechte zu engagieren. Umso wichtiger ist es, die Lehren der vergangenen Kämpfe in einer starken Organisation zu bündeln.

Es wäre aber auch aussichtslos, nur innerhalb eines Staates für MigrantInnenrechte zu kämpfen. Der Kapitalismus und damit die Fluchtursachen sind international. Sie können nur international vernetzt bekämpft werden. Deswegen ist die SLP Teil des Komitees für eine ArbeiterInnen-Internationale (KAI/CWI), dessen AktivistInnen in Ländern wie Nigeria, Sudan, Côte D'Ivoire, Tunesien, in der Türkei, Israel/Palästina, Pakistan etc. vor Ort aktiv sind. Denn letztendlich können wir unsere Ketten nur durch internationalen, gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung, Krieg und Rassismus und für eine Welt, in der der Kapitalismus durch eine demokratische sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft ersetzt wird, sprengen.

Lukas Kastner

Wie Kämpfe für die Rechte von MigrantInnen erfolgreich sein können.

gen. Dabei machten sie nicht nur ihrem Unmut über Politik der Herrschenden in den Fragen der Migration, sondern auch über die sozialen Missstände Luft. Kollektiver Widerstand gegen Abschiebungen und rassistische Flüchtlingspolitik ist möglich – er passiert jeden Tag und es gibt zahlreiche Beispiele, aus denen wir lernen können.

Sogar in scheinbar aussichtslosen Situationen lohnt es sich, zu kämpfen. Im Winter 2011/12 drohte die Abschiebung der serbischen SchülerInnen Denis und Jovana. Alle rechtlichen Möglichkei-

sierte sich mit Denis und die Gratiszeitung „Heute“ sah sich gezwungen, ihn zum „Wiener des Tages“ zu küren. Denis und Jovana konnten dank kollektiven Widerstands bleiben.

Zentral ist jedoch, dass der Widerstand nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg passiert: Es braucht Selbstorganisation. Die Flüchtlingsbewegung 2012/13 bedeutete einen Meilenstein in der Geschichte der österreichischen Flüchtlingsproteste. Sie zeigte zum ersten Mal das eindrucksvolle Potential von Ge-

besetzten diese schließlich, ehe sie ins Servitenkloster weiterzogen. Sie erkämpften nicht nur ihr eigenes Bleiberecht, sondern auch das Recht auf eine Lehre, welches nun von der Regierung angegriffen wird. Eines der weltweit beeindruckendsten Beispiele für die Selbstorganisation von MigrantInnen findet in Hongkong statt. Seit 2014 organisieren sich hier indonesische HausarbeiterInnen in der Organisation KOBUMI, um gegen die an Sklaverei erinnernden Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Mit der Unterstützung

Bildung und Lehre für alle!

Rund 1.000 Geflüchtete machen in Österreich aktuell eine Lehre und das vor allem in sogenannten Mangelberufen. Mit dem jüngsten Beschluss der schwarzblauen Regierung ist dies nicht mehr möglich. Einerseits dürfen Geflüchtete in Österreich nun keine Lehre mehr anfangen und andererseits wird eine große Zahl jener, die mitten in ihrer Lehre sind, abgeschoben. Um jeden Preis will die Regierung das Bild vom faulen Geflüchteten, der dem Staat nur auf der Tasche liegt, aufrechterhalten. Es wird jede Möglichkeit, dass Geflüchtete sich integrieren und Teil der Gesellschaft werden, niedergeschlagen. So soll Solidarität verhindert werden. Doch wer Menschen das Recht auf Bildung, Lehre und Arbeit verwehrt, treibt diese in Perspektivlosigkeit und manche auch in die Kriminalität! Das passt der Regierung wiederum gut in ihre Politik.

Vor allem in „Mangelberufen“ ist es kein Wunder, dass es so viele offene Lehrstellen gibt. In der Gastronomie z.B. leiden die Beschäftigten bezüglich Arbeitszeiten und Entlohnung unter schlechten Arbeitsbedingungen. Der plötzliche Humanismus mancher Unternehmen hat wohl auch da-

Kajal Valad

mit zu tun, dass unter den jetzigen Bedingungen Arbeitskräfte mit unsicherem Aufenthaltsstatus benutzt werden, um Lohndumping zu betreiben und Standards zu senken.

Es braucht also genügend Lehrstellen für alle, Lehrstellen mit guter Ausbildung und Bezahlung und den Zugang zur Lehre für alle, die hier leben. Um alle Lehrlinge – egal woher sie kommen – vor miesen Jobs zu schützen, muss auch die Erpressbarkeit von AsylwerberInnen abgeschafft werden durch ein Bleiberecht.

Solche Verbesserungen sind möglich: Indem man Druck auf den Staat aufbaut, sich solidarisiert in Kämpfen mit Betroffenen und mit starken Forderungen. So wurde auch das Recht auf Lehre für AsylbewerberInnen als Resultat der Flüchtlingsbewegung rund um die Besetzung der Votivkirche 2012/13, von den Betroffenen selbst mit Unterstützung von solidarischen „ÖsterreichInnen“ erkämpft. Auch wir als SLP haben dabei eine wichtige Rolle gespielt, haben u.a. dafür gesorgt, dass GewerkschafterInnen und AktivistInnen an einen Tisch kamen und letztlich das Recht auf Lehre erkämpft wurde!

Kajal Valad

„Noch aktiv, weil die Welt noch ungerechter geworden ist.“

1992/93 bin ich in Linz politisch aktiv geworden. Der Gewerkschaft bin ich als Jugendvertrauensrat in der Lehre beigetreten, der SPÖ noch als „Sozialistischer Partei Österreichs“. Die KPÖ hatte wegen des Stalinismus wenig Anziehungs Kraft. Die 90er Jahre waren geprägt von Sozialabbau und Zerschlagung der Verstaatlichten mit zunehmender Arbeitslosigkeit. Die SPÖ war im Lager des Neoliberalismus angekom-

men, die Gewerkschaft hielt die Menschen still – auf diesem Boden keimte der Aufstieg der FPÖ unter Haider. Der absehbare EU-Beitritt und das „Ausländer-Raus“-Volksbegehren der FPÖ beschleunigten meine Politisierung.

Schließlich fand ich meine politische Heimat im Vorwärts, der heutigen SLP. Viel Zeit ist seit damals vergangen und ich stelle mir selbst manchmal die Frage, warum ich



Gefängnis fürs Schwänzen?!

2012 schlug Kurz vor, Eltern, deren Kinder im höheren Maß Schule schwänzen, eine 1.500€

Diese Strafen werden nichts dazu beitragen, dass SchülerInnen weniger schwänzen. Die Ur-

drogenabhängigen Eltern haben oft nicht einmal die Möglichkeit, eine Entschuldigung zu bekommen. Und wegen Kürzungen gibt es nicht genügend SozialarbeiterInnen, um bei solchen Problemen zu helfen. Ganz im Gegenteil. Dieser Schritt in Richtung Law&Order wird vor allem diese meist einkommensschwachen Familien treffen, reichere können die Strafen einfach bezahlen.

Wieder einmal werden Symptome, nicht Ursachen bekämpft. Stattdessen muss das Bildungssystem besser finanziert werden und mehr SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen angestellt werden.

Nicolas Prettner

Ursachen bekämpfen!
Statt Strafen ist mehr Geld für Soziales und Bildung notwendig.

hohe Strafzahlung aufzu erlegen. Jetzt folgen den Worten Taten.

Fehlen SchülerInnen drei Tage unentschuldigt – im Laufe von neun Jahren Pflichtschule – erfolgt eine Anzeige. Eine bis zu 440€ hohe Strafe kann die Folge (mindestens 110.-) sein. Sogar eine Ersatzfreiheits strafe für die Eltern ist möglich.

sachen für das Fernbleiben werden dadurch nicht angetastet. Viele SchülerInnen schwänzen, weil sie dem Leistungsdruck nicht standhalten, psychische Erkrankungen nehmen zu. Andere bleiben zu Hause, um kranke Verwandte zu pflegen, oder um auf jüngere Geschwister aufzupassen. Kinder mit alkoholkranken oder

KämpferInnen des Monats



In **Shenzhen**, China, befinden sich die Beschäftigten von Jasic Technology seit Wochen im erbitterten Arbeitskampf – gegen ausbeuterische Bosse, brutale Polizei, und deren Komplizen von der staatlichen „Gewerkschaft“. 70 wurden verhaftet, doch der Kampf und die internationale Solidaritätskampagne des CWI gehen weiter.

Albert Kropf, 47,
Lehrer in Wien



Türkei: Erdogan und die Währungskrise

Als Folge der Weltwirtschaftskrise 2007/08 haben die großen kapitalistischen Länder wie die USA eine Niedrigzinspolitik betrieben. In Folge floß Kapital von diesen Ländern in die sogenannten Schwellenländer wie die Türkei. Die türkischen KapitalistInnen haben davon profitiert. Das jahrelange Wirtschaftswachstum war aber auf

Trump verkündete einige wirtschaftliche Sanktionen gegen die Türkei, weil Erdogans Regime den in der Türkei inhaftierten US-Bürger Pastor Brunson nicht freiließ.

All das hatte am 10. August einen massiven Wertverlust der türkischen Lira zur Folge. Bei Redaktionsschluss hat die Währung im Vergleich zum Jahresanfang rund

Milliarden Dollar, davon müssen 70,5 Milliarden innerhalb eines Jahres bezahlt werden. Es ist zu befürchten, dass die türkische Wirtschaft ab 2019 in eine Rezession rutscht.

Die Auswirkungen der Krise zeigen sich u.a. im Papiersektor. Papier wird wie viele andere Produkte importiert. Die Kosten der Verlage sind seit Jänner um 60% gestiegen

Viele Menschen, die Kredite aufgenommen haben, um sich eine kleine Wohnung leisten zu können, werden diese nicht mehr abbezahlen können.

Vor wenigen Wochen wurde der tragische Selbstmord eines Vaters bekannt. Er konnte seinem Sohn keine Hose für die Schule kaufen - ein trauriges Beispiel für die Versicherung der Menschen. In Folge wurde bekannt, dass es 2017 insgesamt bereits 233 armutsbedingte Selbstmorde gab!

Die Regierung aber versucht alles herunterzuspielen, indem sie die Krise einfach leugnet. Sie manövriert zwischen Populismus und harten Maßnahmen. Denn die AKP hat nur noch die Lokalwahlen im kommenden März, die sie unbedingt gewinnen muss. Danach gibt es bis 2023 keine Wahlen mehr - und dann braucht sie auch keine populistische Politik mehr. Aber die wirtschaftliche Lage ist so ernst, dass es ungewiss ist, ob das Regime die Krise bis zu den Wahlen hinauszögern kann.

Aktuell sind die Menschen total verunsichert. Die Regierung versucht, die ArbeiterInnen und Armen weiter mit Nationalismus im Zaum zu hal-

Erdogan fürchtet die drohende Wirtschaftskrise und zeigt auf „äußere Feinde“.

Sand gebaut - die türkische Wirtschaft wurde immer abhängiger von ausländischem Kapital.

Seit 2013 aber hat der Geldfluss die Richtung gewechselt und die türkische Lira verliert kontinuierlich an Wert. Ergänzt wird diese Entwicklung durch die ebenfalls kontinuierlich steigende Inflationsrate. Die politischen Ereignisse wie der Putschversuch vor zwei Jahren, der Abbau demokratischer Rechte und die immer autoritäreren Entwicklungen haben ihr Übriges dazu getan, dass dieser Krisenprozess sich beschleunigte.

Neben den wirtschaftlichen Problemen kam im Sommer 2018 noch eine politische Krise mit der US-Regierung hinzu.

70 % ihres Wertes eingebüßt.

Die Regierung behauptet, dass die Gefahr vorbei ist, doch die Wahrheit sieht anders aus. Trotz der Zinserhöhung durch die Zentralbank konnte die Abwertung gegenüber dem Dollar nur verlangsamt, nicht gestoppt werden. Die Inflation liegt bei 17,9 % und wird weiter steigen. Es droht eine Stagflation (Stagnation + Inflation) mit allen dramatischen Folgen.

Je mehr die türkische Lira an Wert verliert, desto schwieriger können Firmen ihre Schulden an ausländische Gläubiger zurückzahlen. Die Schulden des Privatsektors an ausländische Geldgeber beträgt aktuell 240,5

und Papier wird knapp. Viele Zeitschriften und Zeitungen wurden eingestellt. Manche mussten ihre Preise erhöhen und ihre Beilagen einstellen. Regierungsnahe Medien aber haben die nötige finanzielle Unterstützung. Die Papierkrise bedeutet auch, dass der Preis für Toilettenpapier sich in den letzten Wochen teilweise mehr als verdoppelt hat.

Wenn die aktuelle Währungskrise in eine Wirtschaftskrise umschlägt, dann hat das gravierende Folgen für Millionen Menschen. Wenn eine Firma nach der anderen Pleite geht, wird auch die Arbeitslosigkeit neue Höchstwerte erreichen. Doch nicht nur die Firmen haben Schulden, sondern auch die einfachen Leute.

Ismail N. Okay,

Sosyalist Alternatif,

www.sosyalistalternatif.com

Ist „aufstehen“ ein Aufbruch?

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im deutschen Bundestag, Sahra Wagenknecht, hat gemeinsam mit PolitikerInnen von SPD und Grünen, Kulturschaffenden und anderen „aufstehen“ gegründet, das sich als „neue linke Sammlungsbewegung“ bezeichnet. Erklärtes Ziel ist, Druck auf die Parteien auszuüben, um eine Regierungsbildung von LINKE, SPD und Grünen auf Basis linker Reformpolitik zu erreichen.

Kritik an „aufstehen“ entzündet sich in der LINKEN an unterschiedlichen Punkten. Zum einen, weil die „aufstehen“-GründerInnen das Projekt zu keinem Zeitpunkt in der Partei zur Debatte gestellt und seine Gründung von einer demokratischen Entscheidung der Parteigremien abhängig gemacht haben. Es wird auch nicht ausgeschlossen, dass es zu einer Spaltung der Partei kommt.

Zum anderen, weil Wagenknecht sich in den letzten zwei Jahren in der Migrationspolitik für Einwanderungsbeschränkungen ausgesprochen hat. Immer wieder hat sie dabei eine Rhetorik verwendet, die für Empörung gesorgt hat. Die Sorge ist daher groß, dass „aufstehen“ die Spaltung der ArbeiterInnenklasse entlang nationaler Linien vertiefen könnte. Von einem sozialistischen

Standpunkt aus betrachtet, ist „aufstehen“ ein die Marktwirtschaft bejahendes Projekt, das nicht über die Grenzen des Kapitalismus hinausweist.

Die prominenten UnterstützerInnen der Gruppe spielen bisher kaum eine Rolle bei den vielen derzeitigen realen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik. Die angeblich 140.000 UnterstützerInnen haben nur einen Newsletter abonniert. Ob aus „aufstehen“ eine tatsächliche Bewegung wird, bleibt offen. Statt eines Aufbruchs nach links hat das Projekt aber jetzt schon Verwirrung und Konflikt in die Linke gebracht.

Die SAV (CWI in Deutschland) versteht den Wunsch nach einer starken, einheitlichen Linken, die in der Lage ist, den Aufstieg der AfD zu stoppen. Doch „aufstehen“ wird genau das nicht leisten, ist es doch nur links von SPD und Grünen, aber rechts von der Linkspartei angesiedelt. Wir kritisieren daher die Gründung von „aufstehen“ und rufen gleichzeitig deren UnterstützerInnen zum gemeinsamen Kampf gegen Wohnungsnot, Pflegenotstand, Rassismus und Kapitalismus auf.

Sascha Stanicic,
SAV-Bundessprecher,
Berlin



Foto: Paul Mattison, Socialist Party

Britanniens Brexit-Chaos

Nordirlandgrenze, Sonderverträge, Binnenmarkt etc. – die Verhandlungen stecken fest. Es ist ein Kräftemessen zwischen verschiedenen Teilen des europäischen Kapitals.

gramms ist ebenso Ausdruck davon.

Sowohl Tories wie auch der rechte Labour Flügel haben nur das Wohl des britischen Kapitals im Auge. Corbyn zögert,

Ohne eigene Position verliert die ArbeiterInnenklasse beim Kräftemessen um den Brexit.

Die Abstimmung für den Brexit war nicht gegen Europa, sondern ein Ausdruck der Wut der britischen ArbeiterInnenklasse über die jahrzehntelange Sparpolitik. Corbyns Erfolg (trotz schwankender Position zur EU) und die Beliebtheit seines Anti-Sparpro-

diesen Kurs zu verlassen und den Kampf mit der Labour Rechten, die ihn laufend torpediert, aufzunehmen und sich ohne Kompromisse gegen jede Maßnahme zu stellen, die zu Lasten der ArbeiterInnen geht. Beim Brexit, aber auch bei Neuwahlen müsste Corbyn

Laura Rafetseder

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Schweden: Rechtsruck?

Die Wahlen in Schweden waren eine Abrechnung mit der neoliberalen etablierten Politik. Sozialdemokratie und Konservative fuhren das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein. Hauptsächlich profitierten die rassistischen Schweden-Demokraten. Doch auch die Linke baute ihre Position aus. So steigerte die Linkspartei ihr Ergebnis von 6 auf 8%. Die sozialistische Gerechtigkeitspartei RS (CWI in Schweden)

konnte mit ihrer Wahlkampagne Tausende erreichen. Sie organisierte neben Demonstrationen gegen Neonazis auch Proteste mit AltenpflegerInnen und Seniorengemeinschaften für mehr Personal und gegen Kürzungen. RS hielt beide Stadtratsmandate in Lulea, verlor aber ihren Sitz in Haninge durch eine undemokratische Wahlreform, obwohl sie ihren Stimmenanteil ausbaute.

www.socialisterna.org

Mexiko: Aufstand der Uni

Seit langem nützen korrupte PolitikerInnen in Mexiko „Porros“, faschistische Schlägertruppen gegen politisch aktive Studierende. Am 3. September griffen 50 Porros eine Studierenden-demonstration an, sechs Menschen wurden teils schwer verletzt. Daraufhin stimmten die Studierenden von 40 Kampusen in demokratischen Versammlungen für die Bestreikung der Universitäten. Die Bewegung zeigt

bereits Erfolge, so entließ die Universität von Mexiko-City bereits 18 der Faschisten. Doch diese Erfolge sind nicht langfristig, solange in der Uni-Verwaltung Verbündete der „Porros“ tätig bleiben. Izquierda Revolucionaria (CWI in Mexiko) ist aktiver Teil der Proteste und fordert eine demokratische Universität, deren Führungskräfte von den Beschäftigten und Studierenden gewählt werden.

izquierdarevolucionariamx.net

Jemen

Die Ölfirmen Total im Jemen weigerte sich 2016/17, Löhne zu zahlen. Bei einem Angriff wurden drei Arbeiter, die dagegen protestierten, getötet. Der Gewerkschaftsbund blieb untätig. Nun gründen ehemalige Beschäftigte eine neue Gewerkschaft. Das CWI unterstützte die KollegInnen damals mit weltweiten Solidaritätsaktionen und hilft nun beim Aufbau der Gewerkschaft.

www.socialistworld.net



Warum es Klassenkampf statt Kulturkampf braucht

In der Neuerscheinung von „Kulturkampf im Klassenzimmer: Wie der Islam die Schulen verändert“ spricht Susanne Wiesinger – Lehrerin an einer „Brennpunktschule“ und

Im Bildungswesen braucht es radikale soziale Veränderungen mit SchülerInnen – nicht gegen sie.

jahrelange sozialdemokratische Personalvertreterin – über die „problematische Entwicklung“ an Mittelschulen. Sie schreibt von „religiös indoktrinierten“ Kindern, die für Lehrer kaum mehr erreichbar sind und vom angeblichen Totschweigen dieser Thematik, um nicht gratis Wahlwerbung für den politischen Gegner (FPÖ) zu machen. Viele sehen nach der Veröffentlichung des Buches ein Tabu gebrochen.

Gegen den Islam zu hetzen stellte aber schon bisher kein Tabu dar. Ganz im Gegenteil: Seit Jahren wird überall gegen Muslime gehetzt. Tagtäglich werden muslimische Frauen diskriminiert, wenn sie ein Kopftuch tragen und Geflüchtete beleidigt, weil sie nicht perfekt Deutsch können. Die mediale Debatte wird nur

darüber geführt, wie man Schwierigkeiten im Schulalltag mit mehr Repression – etwa Geldstrafen (!) für Nichtteilnahme bei Ausflügen oder Schullandwochen – lösen könnte, anstatt

die wahren Ursachen anzusprechen. Verschwiegen wird dadurch auch, dass autoritäre Denkmuster bei weitem nicht nur bei muslimischen SchülerInnen zu finden sind.

Das Problem ist v.a. der Ressourcenmangel. Die Regierung streicht den 80 Millionen Euro schweren Integrationstopf, der 2016 angelegt worden ist, ersatzlos. Darauf hinaus sollen Teamteaching Stunden (zwei LehrerInnen unterrichten gemeinsam) wegfallen und nur noch in Einzelfällen eingesetzt werden. Des Weiteren werden ganztägige Schulangebote noch dünner finanziert und Verträge von SchulsozialarbeiterInnen nicht verlängert. Der Mangel an Kinderbetreuungsplätzen wird nicht behoben, sondern verschärft und somit mehr Kinder in konfessionelle

Kindergärten gedrängt. Die Regierung versucht, „Problemschulen“ untereinander zu isolieren und mehr Geld (5-7 Millionen Euro) für die AHS bereitzustellen – das Zwei-Klassen-System in der Bildung wird weiter einzentriert.

„Brennpunktschulen“ sind die Folge dieses Bildungssystems. Sozial schwächer gestellte Schichten werden bewusst in solche Schulen gefiltert, was MigrantInnen (und daher auch Muslime/a) überproportional stark trifft. Das ist nicht die Schuld der Betroffenen: Der Anteil an MigrantInnen, die eine höhere Bildung bzw. Matura anstreben, entspricht jenem der österreichischen Bevölkerung. Universitätsabschlüsse sind sogar häufiger. Bildung ist keine Frage der Herkunft, Religion oder Erstsprache – sondern in erster Linie eine Frage der Klassenzugehörigkeit. Das beweist etwa die elitäre Vienna International School: Dort, wo genügend Geld und Fördermittel vorhanden sind, wird Mehrsprachigkeit auch gefördert, anstatt sie in der Schule zu verbieten.

Probleme werden auf die abgewälzt, die sich nicht wehren können. Muslimischen SchülerInnen wird

der Kulturkampf erklärt – ob sie das wollen oder nicht. Wer nicht perfekt Deutsch spricht, wird aus dem Klassenverband gerissen und isoliert. Kinder werden so in die Ecke gedrängt und müssen sich vor allem und jedem rechtfertigen: Der Schule, den Eltern, den Medien. Das drängt autoritäre Denkweisen nicht zurück, sondern macht die Betroffenen zu besonders leichter Beute für Hetzer aller Art. Wer etwa als Strafe für negatives Verhalten mehrere Tage von der Schule suspendiert wird, wird es nur noch schwieriger haben, Teil der (Schul-)Gemeinschaft zu sein.

Autoritäre Tendenzen können nicht durch ein autoritäres Schulsystem bekämpft werden, sie werden dadurch noch befeuert. An Stelle von staatstragender und pseudodemokratischer „Entradikalisierung“ braucht es Geld- und Personalmittel für kritische SozialarbeiterInnen und Psychotherapeuten. In- und außerhalb der Schule braucht es Organisationen der ArbeiterInnenbewegung, die konsequent für ein Bildungssystem ohne zwei Klassen-Bildung und eine Gesellschaft ohne soziale Benachteiligung kämpfen.

Stefan Brandl

Fünf Gründe, warum...

1 Von den Bossen bestellt: Die Unternehmen wollen nicht mehr zahlen. Sie forderten eine Beitragssenkung von 500 Millionen Euro, die sollen sie so bekommen. Lohnabhängige Menschen werden das mit höheren

tie, sondern verschärft sie mit einer neuen Schicht von Bonzen, die auf Kosten der BeitragszahlerInnen durchgefüttert werden müssen.

3 So wird Lohndumping ganz leichtgemacht: Bislang

..die Zusammenlegung der Krankenkassen zu Lasten arbeitender Menschen geht.

Beiträgen und Selbstbehalten ausgleichen müssen.

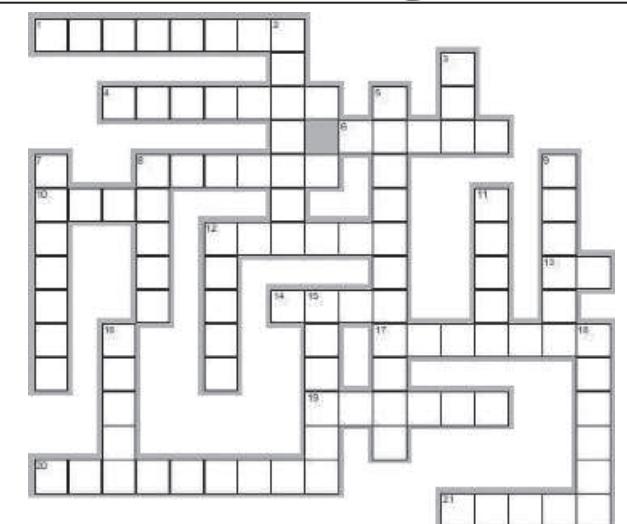
2 Lukrative Jobs für Parteikumpels: Die Führungspositionen in den umstrukturierten Kassen werden mit schwarz-blauen FunktionärInnen besetzt. Die lassen sich das teuer bezahlen. Die Zusammenlegung der Kassen verringert nicht die Bürokrati-

konnten die Gebietskrankenkassen überprüfen, ob Beschäftigte in ihren Betrieben korrekt angestellt und versichert sind. Diese Rolle wird an die Finanzpolizei abgeschoben, der dafür aber Mittel gekürzt werden. Schon jetzt kann es Jahre dauern, bis ein Betrieb nach einer Anzeige überprüft wird. Das wird sich

nun weiter verschlimmern.

4 Die Existenz gefährdende Arbeitsunfälle: Wenn nach einem Arbeitsunfall Leistungen bei der Krankenkasse beansprucht wurden, hat bislang die AUVA und somit das Unternehmen dafür gezahlt. Das war nur gerecht so, warum sollen Lohnabhängige das Verletzungsrisiko am Arbeitsplatz tragen? Jetzt sollen Kosten und Risiken auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden.

5 Privatisierung: Das Gesundheitswesen ist ein profitables Geschäft und mit der Reform der Krankenkassen öffnet die Regierung den Geiern die Tür. Die Krankenhäuser der AUVA werden in eine GmbH ausgelagert – ein erster Schritt in Richtung Privatisierung.



Waagrecht

1 anders für Trennung, Teilung... 4 Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache 6 Wiener Schüler, dessen Abschiebung von MitschülerInnen verhindert wurde 10 Schutz 12 Gefühl bei Nahrungsmangel 13 Internationale Organisation mit Sitz in Wien 14 Vor 3 17 „Staat“ in Afrika 19 Nicht freiwilliges Verlassen der Heimat 20 dauerhafte Verlegung des Lebensmittelpunktes 21 Gegenteil von Reichtum

Senkrecht

2 Trennlinie zwischen Staaten 3 Komitee für eine ArbeiterInneninternationale 5 Strömung in der ArbeiterInnenbewegung 7 Geld mit dem Zweck, mehr Geld zu erwirtschaften 8 Österreichischer Waffenproduzent 9 Gewerkschaft in Hong Kong 11 Deutsche Politikerin (Vorname) 15 Werkzeug zum Töten 16 Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln 18 Schöpferischer Prozess zwischen Mensch und Natur

Sende Kopie oder Foto des fertigen Rätsels „Flucht“ an slp@slp.at oder SLP, Pappenheimg. 2/1, 1200 Wien – unter allen Einsendungen verlosen wir ein Vorwärts-Jahresabo.

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch

- bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechts-extreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand

- und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnen-politik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu

- regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Mein Körper – Meine Entscheidung!

Kirche und christliche Fundis warten nur darauf, von Frauen erkämpfte Rechte anzugreifen. Jetzt,

Körper von Frauen gäbe, würde es unsere Gesundheit und unsere Leben gefährden. Denn wo Ab-

ihrer Politik 99% der Kinder – sobald sie geboren sind – das Leben zur Hölle. Gesundheit, Woh-

Rechte! Abtreibung muss, ebenso wie Verhütungsmittel und fortschrittlicher Sexualunterricht, für alle zugänglich und kostenlos sein. Mit kostenloser Kinderbetreuung, höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten können wir uns auch frei für Kinder entscheiden. Wenn du bei unseren Aktionen gegen die christlichen Fundis dabei sein willst dann schreib uns: info@nichtmitmir.at

Ella Kemper

Religiösen Fundamentalismus bekämpfen – Frauenrechte verteidigen!

wo ÖVP und FPÖ an der Macht sind, ganz oben auf der Wunschliste: den Zugang zu Abtreibung erschweren.

Während das ihnen noch mehr Macht über die

treibung nicht zugänglich ist, werden nicht weniger durchgeführt – dafür aber umso gefährlicher.

Sie nennen sich „Pro Life“. Gleichzeitig macht

nen, Bildung: überall fehlt Geld weil sie und ihre FreundInnen in der Wirtschaft es sich einstecken.

Doch wir wollen nicht weniger, sondern mehr

Termin
19./20. Oktober

Eine Welt zu gewinnen

Laura Calderón García aus Spanien berichtet über den Frauenstreik. Betriebsräte aus dem Sozialbereich, von Postbus und AUVA diskutieren über Widerstand gegen Schwarz-Blau. Neun Arbeitskreise – 2 Debatten – AktivistInnen aus ganz Österreich.

Infos unter www.slp.at

Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe

Termine unter
www.slp.at/termine

GRAZ

SLP-Ortsgruppe

jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im ‘Café Stockwerk’
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe

jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im ‘Alte Welt’, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe

jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im ‘Shakespeare’
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLA BRUCK

SLP-Ortsgruppe

Termine unter
www.slp.at/termine

WIEN

SLP Wien West

jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
Buchhandlung ‘Libreria Utopia’
15; Preisinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schwickerstraße)

SLP Brigittenau 1

jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei “Büro” läuten)

SLP Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei “Büro” läuten)



Gibt es nicht aus Profitstreben.
Gibt es aus Überzeugung.

Jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-

Sozial-Abo: € 14,-

[für Menschen ohne eigenes Einkommen]

All-inclusive-Abo: ab € 7,- /Monat

Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 256000000000 8812733

BIC: OPSKATWW



www.slp.at | [slp@slp.at](mailto:sdp@slp.at) | [/slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)

- > Berichte
- > Hintergründe
- > Analysen
- aus sozialistischer Sicht.

